Morgen-Ausgabe
mit illustriertem Sportblatt

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 80 Pfg.

60. Jahrg. | Dienstag, 3. Mai 1921 | Nr. 204 A 28

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Mittwoch eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderbeilage, außerdem täglich wechselnde Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-85.

Bezugspreis monatlich Mk. 12.—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post. Im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1.50, für die 62 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5960-68.

Tages-Spiegel.

Briand hat heute aus London eine Depesche an Barthou gesandt, in der er den Kriegsminister mit der Mobilisierung der Jahresklasse 1919 beauftragt.

*

Der deutsche Plebiszitkommissar sandte ein Telegramm an die Interalliierte Kommission, in dem er energische Maßnahmen gegen die polnischen Verhetzungsversuche in Oberschlesien verlangt.

*

Im oberschlesischen Grubenbezirk streiken bisher 190 000 Arbeiter. Die Lage gilt als ziemlich ernst.

*

Die Bewirtschaftung von Milch und Butter wird ab 1. Juni aufgehoben.

Die amerikanische Friedensresolution.

Wohl als sichtbarstes Zeichen des wachsenden Widerstandes gegen die Wilsonsche Politik kam in Amerika ein Antrag des Senators Knox zustande, der seinem Sinne nach darauf hinausläuft, daß die Vereinigten Staaten sich endgültig von den übrigen Alliierten trennen und einen eigenen Friedensverhandlungen mit Deutschland schreiten sollten. Als der Versailler Vertrag abgeschlossen wurde, zogen sich die Amerikaner bekanntlich von den Verhandlungen zurück, weil Wilson angesichts der immer mehr zunehmenden Widerstimmung einsah, daß er auf keinen Fall das amerikanische Volk mehr dazu bekommen würde, seine Einmischung in die Angelegenheiten der alten Welt mitzumachen. Der neue republikanische Präsident Harding nahm in sein Programm auch den Punkt auf, daß die Beziehungen zum Deutschen Reich wieder auf eine normale Basis gestellt würden, denn bislang regelte sich das Verhältnis zu Deutschland nur nach dem Waffenstillstandsabkommen, auf Grund dessen die Amerikaner ja auch ein Gebiet um Koblenz militärisch besetzt halten.

Wie sich im einzelnen die kommenden Friedensverhandlungen gestalten werden, läßt sich nur in großen Umrissen übersehen. Jedenfalls wird es zu Besprechungen kommen, denn ein Antrag des Senators Townsend, den Friedenszustand zwischen Deutschland und Amerika durch eine einfache einseitige Erklärung der Vereinigten Staaten ohne weiteres eintreten zu lassen, ist gegen die nicht unerhebliche Minderheit von 26 Stimmen abgelehnt worden. Wilson hatte sich in der Rolle des Schlichters aller Weltstreitigkeiten gefällt, das amerikanische Volk wollte aber hiervon nichts wissen: der Versailler Vertrag ist nämlich in Amerika nicht etwa deswegen unbeliebt, weil er Deutschland harte und unerfüllbare Bedingungen auferlegt, sondern weil er nach ihrer Ansicht das mit ihm verquickte Völkerbundsstatut die Unterzeichner zu Garanten seiner Bestimmungen machte. Die Amerikaner wollen nun aber nicht verantwortlich gemacht werden für die Streitigkeiten und Schwierigkeiten, die der Versailler Frieden und die übrigen den Weltkrieg wenigstens auf dem Papier beendenden Verträge unweigerlich nach sich ziehen müssen. Die Amerikaner fühlen sich mit eigenen Problemen und Fragen, die ihnen näher liegen als die Fernwirkungen der alten Welt, vollkommen beschäftigt. Namentlich weigern sich die Amerikaner, sich ihre unumschränkte Staatshoheit durch einen Völkerbund einschränken zu lassen, der in Wahrheit nur ein ausführendes Organ von Paris und London ist.

Hier liegt also der Kernpunkt der Abneigung Amerikas gegen den Versailler Frieden. Was aus den verschiedenen Aeußerungen der Amerikaner ingesichts zu erkennen war, deutet darauf hin, daß die Vereinigten Staaten kein Interesse daran haben, daß mit Deutschland die Entschädigungsfrage in dem Sinne zu behandeln gedenken, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit bis aufs äußerste angespannt werden soll. Leider spielt auch noch die aus den Zeiten des kriegerischen Zusammenstoßes stammende Auffassung mit, Deutschland allein sei am Ausbruch des Krieges schuld. In dieser Hinsicht wird sich hoffentlich eine richtigere Erkenntnis der wahren Zusammenhänge bei den Amerikanern einstellen. Mit seinem ausgesprochenen Sinn für „fairness" muß sich das amerikanische Volk bei unparteiischer Betrachtung der Vorgänge, die zur Weltkatastrophe geführt haben, allmählich ein gerechteres Urteil bilden. Im besonderen ist zu bemerken, daß nach der Knoxschen Resolution die Amerikaner zu erklären gedenken, daß sie bei einer erneuten Gefährdung der Freiheit und des Friedens Europas gegebenenfalls zu deren Verteidigung mitwirken müssen. Diese Aeußerung hat besonders in Paris einigermaßen beruhigt. Dort sah man nämlich das Abseitsstehen der Amerikaner recht ungern und versuchte alles, um die Vereinigten Staaten noch in letzter Minute wieder in den Kongreß der Verbündeten hineinzuziehen. Dies war einer der Zwecke der Wiviani-Sechsen Mission, die bekanntlich in dieser Beziehung erfolglos verlaufen ist und auch zu keiner Regelung der französischen Schuldverhältnisse zu Amerika führte.

Was die politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages angeht, so gedenken die Amerikaner die Festsetzungen der Grenzen in Mitteleuropa als sie nicht interessierend außer acht zu lassen. Dagegen wollen sie die Vorschriften des Friedensinstruments über Kiautschou und Schantung nicht anerkennen. Die Uebertragung der deutschen Rechte an Japan wird nämlich von den Amerikanern zurückgewiesen, die in dieser Hinsicht mit der chinesischen Regierung zusammengehen. Diese hat bekanntlich den betreffenden Teil des Versailler Friedens trotz des Drucks der Entente bisher nicht angenommen. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht gedenkt Amerika seine Rechte zu wahren. So sieht der Knoxsche Antrag besonderer Schutzbestimmungen für die amerikanische Farbstofferzeugung vor.

Die Herstellung des Friedenszustandes zu Amerika wird also kaum deutschen Rolle an sich keineswegs den Weg zu einer sofortigen Zukunft öffnen. Immerhin bedeutet es einen wesentlichen Vorteil, daß die einschränkenden Maßnahmen, die heute das Wirtschaftsleben erschweren, wie etwa die Beschlagnahme der deutschen Werte in Amerika, nach Abschluß eines Friedensvertrages voraussichtlich fortfallen werden. Auf jeden Fall wird man es im deutschen Volke aber begrüßen, zu den Amerikanern wieder in ein friedliches Verhältnis zu treten. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich allmählich ein besseres Verständnis zwischen den beiden Völkern anbahnt. Dank ihrer glücklichen geographischen Lage, ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und ihren intakten Machtmitteln stellen die Vereinigten Staaten heute einen außerordentlich beachtenswerten Faktor in der Weltpolitik dar. Das deutsche Volk ist in den letzten Jahren wahrlich nicht verwöhnt worden und hat sich auf Enttäuschungen gefaßt machen müssen. In der Tatsache, daß die Amerikaner überhaupt ein gewisses Interesse für die Regelung des Entschädigungsproblems an den Tag legen, kann man bereits einen Vorteil erkennen. Die Möglichkeiten einer friedlichen Auseinandersetzung zu prüfen, und die zur allerletzten Minute zu versuchen, an die Stelle der rohen Gewalt Vernunft und Einsicht treten zu lassen, entspricht ja auch den sichtlichen Ueberlieferungen Amerikas. Wenn Washington jetzt danach trachtet, einen für alle Teile annehmbaren Ausweg zu finden, so macht es sich um die Sache des Friedens ebenso bedeutend, wie es letzten Endes der Ernst über nützt. Dies kann auf die Dauer nur heilsamen Unheil entspringen, wenn in Europa der wirkliche Friede wiederhergestellt wird, so daß die europäischen Völker in Ruhe arbeiten und die zerstörte Weltwirtschaft wieder herstellen können.

*

Vom Obersten Rat schallt es freilich kriegerisch herüber. Der belgische Minister Jaspar scheint mit seinem Vermittlungsgedanken durchgedrungen zu sein. Lloyd George erhält sein Ultimatum, das von Deutschland die Anerkennung der Schuld von 132 Milliarden verlangen wird, wie sie von der Reparationskommission festgesetzt worden ist. Briand darf mobil machen. Dadurch wird die französische Bevölkerung wieder einmal abgelenkt und kann sich im Gefühl billiger Triumphe wiegen. Marschall Foch glaubt auch nichts Besseres tun zu können, als mit dem schwersten Geschütz und dem Hinweis auf angeblich deutsche Widerstandspläne aufzuwarten. Dies ist natürlich nur als geschickte „Aufmachung" gedacht. Zwölf Tage sollen der deutschen Regierung Zeit gelassen werden, um sich darüber zu entscheiden, ob sie die Forderungen des Obersten Rates rückhaltlos unterschreiben oder die neuen Gewaltmittel über sich ergehen lassen will. Schicksalsschwere Stunden stehen Deutschland bevor. Das deutsche Volk muß in diesen Tagen größte Ruhe und Klarheit bewahren; hoffnungsvoll sieht die Zukunft wahrlich nicht aus.

Einigung beinahe erreicht.

London, 2. Mai, 9 Uhr 20 Min. abends. (Reuter.) Die Sitzung des Obersten Rates ist auf morgen vormittag 11 Uhr vertagt worden. Briand erklärte, daß eine Einigung beinahe erreicht sei.

Amerikas Stellungnahme.

Spezialfunkspruch des W. T. B.

New York, 2. Mai.

Beamte des Staatsdepartements erklärten, wie der Associated Preß aus Washington gemeldet wird, daß während der letzten Besprechungen auf der Londoner Konferenz über das Reparationsproblem wiederholt hervorgehoben worden sei, die Vereinigten Staaten seien mit den Alliierten darin einer Meinung, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Zahlungsfähigkeit für seine Verpflichtungen aufzukommen habe, daß es aber für unfug gehalten werden würde, wenn irgend ein Vorschlag, der die wirtschaftliche Wiedererhebung Deutschlands unangebührlich zu hemmen geeignet wäre, angenommen werden sollte.

Wenn Beschlüsse gefaßt werden, die mit dieser Auffassung der Vereinigten Staaten in Einklang stehen, so würden, wie man annimmt, die deutschen Gegenvorschläge von Washington nicht weitergegeben werden.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Eigene Drahtmeldung.

× **London, 2. Mai.**

Der Chef der Interalliierten Militärkommission in Berlin, General Nollet, hat sich von Berlin hierher begeben, um an den Verhandlungen des Obersten Rates teilzunehmen. In London wird nämlich auch die Frage der deutschen Entwaffnung erörtert, die Reichsminister Simons kürzlich ausführlich im Reichstag behandelt hat. Er wies darin nach, daß Deutschland seinen Verpflichtungen bereits in weitgehendstem Maße nachgekommen ist. Bisher seien bereits gestürzt: 49 320 Geschütze und Rohre, 26 850 Laffetten, 22 037 Minenwerfer, 87 000 Maschinengewehre, 4 767 732 Handwaffen, Gewehre und Karabiner, 227 830 Infanteriegeschütze und eine ungeheure Menge dazu gehöriger Munition. Das deutsche Heer, dessen Bewaffnung sich in den vorgeschriebenen Grenzen halte, sei auf 100 000 Mann zurückgeführt, die Festungen im besetzten Gebiet bereits zum größten Teile geschleift, in den Festungen an der Südgrenze seien keine Geschütze mehr. Unsere Kriegsflotte sei vollkommen unwirksamend betroffen. Die Rüstungsindustrie habe, nachdem ihre Maschinen zerstört oder abgeliefert seien, aufgehört, Kriegsmaterial herzustellen. Die militärische Entwaffnung sei also fast restlos durchgeführt.

Angesichts dieser gewaltigen Ziffern ist es von der Entente geradezu unbegreiflich, wie sie im Fortbestehen der sogenannten Einwohnerwehr in Bayern irgendeine militärische Bedrohung erblicken kann. Es handelt sich hier um Sicherheitsmaßnahmen rein lokalen Charakters, deren Notwendigkeit durch den letzten Kommunistenaufstand in Mitteldeutschland zur Genüge erwiesen worden ist. Indem werden viele Organisationen, die für die richtigen Dere Frankreichs und seiner Verbündeten wahrlich keine Bedrohung darstellen, in kürzester Zeit verschwinden, sobald sich die inneren Verhältnisse in Deutschland einigermaßen geregelt haben.

Zur Annahme der Knox-Resolution.

Paris, 2. Mai. (W. T. B.) Bei der Abstimmung im amerikanischen Senat am 30. April waren nach „Chicago Tribune" sämtliche republikanischen und außer ihnen noch drei demokratische Senatoren für die Resolution Knox eingetreten. Der Antrag des Senators Townsend auf einfache Erklärung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und Amerika wurde mit 44 gegen 26 Stimmen abgelehnt, worauf die Friedensresolution Knox angenommen wurde.

Entscheidung des Obersten Rates.

Ultimatum an Deutschland.

Einmarsch nach Ablehnung.

Eigene Drahtmeldung.

I. N. S. London, 2. Mai.

In der heutigen Vormittagskonferenz des Obersten Rates in London kam man zu keiner Einigung, daß ein Ultimatum an Deutschland geschickt werden sollte. Es bleibt nur noch festzulegen, bis zu welchem Tage dieses zu befristen ist. Dagegen waren die Ansichten der verschiedenen Minister über die Frage der schon in Kraft befindlichen Zwangsmaßnahmen sehr geteilt. Von diesem Standpunkte aus wurden zwei Entwürfe des Ultimatums abgefaßt, die von Briand und Curzon aufgesetzt worden waren.

Briand äußerte zwar verschiedenen Journalisten gegenüber, daß die Meinungen sich schon erheblich genähert hätten, die Italiener jedoch scheinen anderer Ansicht zu sein. Es handelt sich hauptsächlich darum, ob die englisch-italienische Ansicht, daß die schon bestehenden Besetzungen rückgängig gemacht werden sollen, wenn Deutschland die neue Schadensrechnung anerkennt, sich dem Widerstande Briands gegenüber durchsetzen kann. Der französische Ministerpräsident tritt harmäckig für die Fortdauer der Besetzung von vier rheinischen Städten ein, durch die die Zahlungen geführt werden soll, an der sie Ausstupfzölle erhoben werden.

Von Frankreichs Seite aus wird das Ultimatum weniger als eine Attempaute und ein letzter Versuch zur Einigung aufgefaßt, die französischen Abendblätter erklären sich dem Beschluß der Besetzung nicht als ein Mittel, um Deutschland noch Zeit zu geben, sich für die Annahme der Vorschläge zu entschließen, sondern für eine notwendige Frist, in der Frankreich seine Vorbereitungen zur Besetzung treffen könne.

In französischen Kreisen wird behauptet, daß die Bedingungen, die man Deutschland auferlegen will, das Land in ein ähnliches Verhältnis zu den Großmächten bringen sollen, wie die Türkei, im Hinblick auf die finanzielle Kontrolle der Alliierten. Man erwartet natürlich nicht, daß Deutschland sich eine solche Demütigung gefallen lassen werde. Briand äußerte sich folgendermaßen: Wir haben beschlossen, den alliierten Kommissionen weitere sechs Tage zu gewähren, in denen sie ihre Bedingungen im einzelnen darlegen können, und Deutschland ebenfalls weitere sechs Tage, um so oder nein zu sagen. Nach Ablauf dieser Frist kann der Marsch in das Ruhrgebiet beginnen. Die Engländer wollen zwar nicht an der Blockade Deutschlands teilnehmen, aber sie haben sich damit einverstanden erklärt, eine Flottendemonstration zu veranstalten.

London, 2. Mai. (W. T. B.) Wie „Evening Standard" erfährt, werden Deutschland zwölf Tage zugestanden werden, innerhalb deren es sich zu entscheiden hat, ob es die Bedingungen der Alliierten ablehnen oder annehmen will.

Der Mobilisierungsbefehl erteilt!

Paris, 2. Mai. (E.C.) Der französische Ministerpräsident richtete nach London eine Depesche an den Kriegsminister Barthou, in der er den Auftrag gibt, die Mobilisierung des Jahrgangs 1919 anzuordnen. In der Zwischenzeit wurden verschiedene Kavallerieabteilungen aus französischen Garnisonen am Rhein erwartet. Dort warten sie das Ergebnis der deutschen Antwort nach den 12 Tagen ab, um dann im Falle einer Nichtannahme seitens Deutschlands in das Ruhrgebiet vorzurücken.

Vorbereitung zur Ruhrbesetzung.

Düsseldorf, 2. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Im Laufe des heutigen Tages sind starke französische Truppenabteilungen eingetroffen und zum Teil in Bürgeraquartieren untergebracht worden.

Obersten Rates.

Sechsundreißig Jahresraten.

Drahtmeldung.

Paris, 2. Mai. (W. T. B.)

In einer Havasmeldung aus London heißt es: Die Sitzung des Rechtsausschusses, der aus Briand, Lord Curzon, Graf Sforza und Jaspar gebildet war, war um 12 Uhr 50 Min. mittags beendet. Es kam eine Verständigung über einen einzigen Vorlauf zustande, der dem Obersten Rat unterbreitet werden wird und dessen Annahme wohl nicht zweifelhaft ist. Dieser Entwurf wird es Frankreich ermöglichen, unverzüglich die militärischen Maßnahmen einzuleiten, die für die vorgesehene Besetzung notwendig sind. In erster Linie also die Einberufung der Jahresklasse 1919. Während der nötigen Vorbereitungszeit wird die Reparationskommission an Deutschland eine Aufstellung über die Zahlungsweise und die Sicherheiten für die Zahlungen zur Begleichung seiner Schuld ergehen lassen. Wenn Deutschland bis zum Ablauf dieser Frist seine Zustimmung nicht gegeben hat, so wird die Besetzung des Ruhrgebiets unverzüglich vorkommen werden.

Was die Zahlungsbedingungen betrifft, so wird Deutschland, wie schon im gestrigen Abendblatt berichtet, 36 Jahresraten in Höhe von 5 Prozent seiner Schuld leisten müssen. Bis 1926 ist ein Zinsfuß von 2½ Prozent vorgesehen, der in der Folge auf 5 Prozent einschließlich der Tilgung erhöht wird. Die Reparationskommission wird drei Gattungen von Bonds ausstellen, eine erste Rate von 12 Milliarden Goldmark, die innerhalb eines Jahres zahlbar ist, eine zweite Rate von 88 Milliarden Goldmark, die am 1. November ausgegeben wird, dann eine dritte Rate von 80 Milliarden Goldmark, die je nach der Aufnahmefähigkeit des internationalen Geldmarktes und der Zeitlungsfähigkeit Deutschlands ausgegeben werden wird.

Der Oberste Rat begann um 1 Uhr nachmittags und war bereits kurz vor 2 Uhr beendet. Der Entwurf des Redaktionsausschusses wurde in seinen großen Zügen gutgeheißen. Die Besetzung würde nicht stattfinden, falls Deutschland die ihm von der Reparationskommission auferlegenen Bedingungen annehmen sollte.

Die Zusetzung wird innerhalb einer Frist von vier Tagen erfolgen, und die deutsche Regierung wird innerhalb einer Frist von fünf bis sechs Tagen antworten müssen. Auf diese Weise werden die Verbandsregierungen über die endgültigen Absichten Deutschlands bis zu dem Augenblick der Beendigung der Vorbereitungen zur Besetzung genau unterrichtet sein. Infolgedessen wird das militärische Vorgehen in dem wahrscheinlichen Fall einer Weigerung Deutschlands keine Verzögerung erleiden. Der Oberste Rat wird um 5 Uhr nochmals zusammentreten und zweifelsohne dann in der Lage sein, einen endgültigen Beschluß zu fassen trotz der Meinungsverschiedenheiten, die zutage getreten waren. Diese Lösung soll die Fortdauer der Solidarität zwischen den Verbandsregierungen sichern, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die englische Flotte an der Durchführung der Zwangsmaßnahmen teilnehmen wird, es müßte denn gerade sein, daß dies infolge des Bergarbeiterstreiks unmöglich würde.

I. N. S. London, 2. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) „Evening Standard" gibt die Bedingungen, die in dem Londoner Ultimatum an Deutschland angegeben sind, folgendermaßen wieder: Deutschland hat innerhalb von 30 Jahren eine Summe von 66 Milliarden Goldmark Gegenwartswert zu zahlen. Dieser Betrag wird mit 2½ % Zinsen gerechnet, wozu im Jahre 1926 ein weiteres Prozent kommt. Nach dem Urteil der Sachverständigen würde sich der Gesamtwert dieser Summe etwas höher als die Pariser Forderungen stellen.

Protest des deutschen Plebiszitkommissariats.

Eigene Drahtmeldung.

□ **Beuthen, 2. Mai.**

Das deutsche Plebiszitkommissariat hat an die interalliierte Kommission zu Händen des in Abwesenheit Le Rondas stellvertretenden Vorsitzenden General de Marinis ein Telegramm gesandt, in dem es energische Maßnahmen gegen die Verhetzungsmeldungen der Korfantyschen „Grenzzeitung" verlangt.

Diese hatte heute nachmittag wiederum lügenhafte und provozierende Nachrichten verbreitet, die behaupteten, das deutsche Plebiszitkommissariat habe insgeheim mit oberschlesischen Großindustriellen Sabotageakte in den oberschlesischen Industrieanlagen verabredet. Das deutsche Plebiszitkommissariat erklärt nochmals nachdrücklichst alle diese Meldungen für erlogen und macht Korfanty und die polnische Propaganda verantwortlich für alle etwa daraus entstehenden Unruhen.

In dem Telegramm das deutschen Plebiszitkommissariats wird darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung Oberschlesiens bisher durchaus ruhig war. Erst durch das fast gefährverbreitete Extrablatt der „Oberschlesischen Grenzzeitung", das von Bedrohungen der oberschlesischen Und als einzigen Lichtblick kann man den Zeitgenossen ansehen, der darin liegt, daß Frankreich nicht, seiner ursprünglichen Absicht gemäß, gleich nach dem 1. Mai seine „Sanktionen" vornehmen darf. Ob es in den bevorstehenden zwölf Tagen zu reichen sein wird, dem deutschen Volk die weiteren Zwangsmaßregeln zu ersparen, und ob vielleicht die Vereinigten Staaten ingwischen die Formel ausfindig machen können, die der Welt den Frieden wiedergibt, das sind Fragen, die heute noch im Schoße der Zukunft ruhen. O. G. W.

Beratungen mit Deutschland?

Drahtmeldung.

London, 2. Mai. (Ath. Tel.)

Wie der Vertreter des United Telegraph erfährt, sind es vor allem die Kreise der City, die auf Lloyd George einen nachhaltigen Einfluß ausüben, in der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets nicht nachgiebig zu sein, sondern vielmehr jede Möglichkeit auszunutzen, um Deutschland an den Verhandlungstisch zu bringen. England und Italien fühlen sich von der wirtschaftlichen Festigung Europas in bedeutendem Maße abhängig. England ist, wie versichert wird, davon überzeugt, daß Deutschland den festen Willen hat, zu einer Einigung zu gelangen.

Die Berliner Regierung möchte, sagt man in der City, offenbar nur verstehen, heute neue Verpflichtungen einzugehen, die nach einiger Zeit neue Komplikationen herauffschwören können. Angesichts der Bereitwilligkeit Deutschlands, für die durch den Krieg verursachten Schäden aufzukommen und die Höhe der Schäden durch eine Kommission unterschätzen zu lassen, von deren Neutralität Deutschland überzeugt ist, meinen Londoner Bank- und Handelskreise einem förmlichen deutschen Kriegsschuldbekenntnis wenig Bedeutung bei.

Es ist daher, wenigstens nach der augenblicklichen Stimmung auf der Konferenz zu urteilen, sehr wahrscheinlich, daß der Antrag Jaspars zur Annahme gelangt, und man hofft, daß Deutschland innerhalb der Frist, ihm gestellt werden wird, jeden Schein für einen berechtigten Vorwurf in das Nichtgeschehen zu tragen, ohne daß Gelegenheit gegeben sei, die Maßnahmen, auf Grund deren die Mobilmachung erfolge, auch durchzuführen. Mehr noch die Operation im Ruhrgebiet, die sicherlich starke Wirkung auf Deutschland ausgeübt haben würde, wenn sie von den Alliierten ohne Zaudern und einstimmig beschlossen worden wäre, drohte nur teilweise wirksam zu sein, wenn sie erst nach Ueberwindung von Anstimmigkeiten und nur auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse in Anwendung gebracht worden könne.

Der „Temps" geht dann auf die bilatorische Haltung Deutschlands und auf die ständigen Fristen ein, die auf Anraten Englands immer wieder Deutschland gewährt worden seien. Die Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über die Wiederherstellungsfrage führt der „Temps" fort, liege nun schon über zwei Jahre zurück. Muß man denn der englischen Regierung in Erinnerung bringen, daß ein hervorragendes Mitglied der englischen Regierung während der Pariser Besprechungen über die Bestimmung des Friedensvertrages von Versailles einen außerordentlichen Anteil an der Festsetzung der Bestimmungen über die Wiederherstellung genommen hatte, daß Frankreich damals bereit war, sofort einen Gesamtkrieg — einen unerwünschten Gesamtvertrag, setzt der „Temps" hinzu — für die Schuld Deutschlands festzusetzen, daß jedoch die englische Regierung infolge der englischen Wahlkampagne, in der den Wählern goldene Berge versprochen worden seien, stark in der Klemme geriten habe, so daß Frankreich England entgegenkommen sei und sich bereit erklärt habe, daß die Gesamtschuld Deutschlands höher festgesetzt werde. Aber man brauche nicht erst solche Indiskretionen zu beziehen. Denn was sich in aller Oeffentlichkeit abgespielt habe, die Zugeständnisse, die man dem Grafen Brockdorff-Rantzau gemacht habe, der Verlauf der Konferenzen von San Remo, Paris, Spaa usw. hätten gezeigt, in welchem Maße England eine verständnisvolle Politik gegenüber Deutschland getrieben habe, während Deutschland immer mehr unnachgiebig gewesen sei.

Seit über zwei Jahren gab es zwei Politiken der Wiederherstellung, einerseits die französische Politik, die sicherlich scharf zu sein schien, während sie in Wirklichkeit menschlich und human sei und für die Herbeiführung des wirklichen Friedens durch die Reparationen, ohne die es für Frankreich und somit für Europa keinen dauernden Frieden und Wiederaufbau gebe, hinarbeitete und andererseits die englische Politik, die man lieber nicht auf ihren inneren Wert hin einschätzen soll. Zum Schluß wendet sich der „Temps" an die Vereinigten Staaten, auf deren loyalen und gerechten Sinn man hoffen müsse.

In der „Liberté" erklärt Bainville, die Jahresklasse 1919 sei heute einberufen worden. Auch Bainville bedauert, daß die Beschlüsse des Obersten Rates ein sofortiges Vorgehen gegen Deutschland unmöglich machen. Sodann geht er auf die Verhandlungen in London weitgehenden Details ein und erklärt, auf jeden Fall müsse sich Deutschland damit einverstanden erklären, daß eine Kontrolle über seine Schuld genau nach dem Muster der Ottomanischen Schuld eingerichtet werde. Eines Tages müsse man doch dazu kommen, ganz Deutschland in Pfand zu nehmen. Im „Intransigeant" erklärt Bailby, Deutschlands Worten und Versprechungen könne man keinen Glauben mehr schenken. Wenn in acht Tagen Dr. Simons oder irgendein anderer deutscher Minister den Alliierten eine Milliarde Gold zahle und sich bereit erkläre, die Beschlüsse der Wiederherstellungskommission anzunehmen und auch durchzuführen, so müsse Frankreich trotzdem Pfänder verlangen. Wie könne man denn je heute noch glauben und die Probe immer noch nicht besehen? Jedenfalls sei es sicher, so schließt das Blatt, daß Briand nur auf solche Vorschläge eingehen werde, die Frankreich für die Zukunft alle Sicherheiten und Bürgschaften für Durchführung durch Deutschland geben.

Anders lauten die Kommentare der sozialistischen Blätter, die besonders scharf die Mobilmachung der Jahresklasse 1919 verurteilen. Im der „Internationale" wird u. a. erklärt, Frankreich mache für Kauchou und einige andere französische Mandate, die unter allen Umständen die Reichsfinanz des Reichsdeutschen in ihre Kasse bringen müssen, mobil.

Verstimmung über London.

Eigene Drahtmeldung.

I. **Paris, 2. Mai.**

In Paris herrscht man die Eröffnung der Londoner Konferenz mit größter Aufmerksamkeit und wachsender Verstimmung. In politischen Kreisen, besonders in Kreisen der parlamentarischen Mehrheit, ist man über die bisherigen Beschlüsse des Obersten Rates geradezu bestürzt, und es steht außer Zweifel, daß Briand, wenn er die Londoner Beschlüsse im Laufe dieser Woche der Kammer, welche in den Ferien ist, vorlegen müßte, mit seinem Kabinett ohne weiteres gestürzt werden würde.

Diese Ansicht spiegelt sich in den Artikeln der Pariser Presse deutlich wider. Daneben kommt aber auch die Verstimmung über den englischen Bundesgenossen, dessen Widerstand man nicht so scharf erwartet hatte, unverhohlen zum Durchbruch. So kritisiert der „Temps" unter dem Titel „Die beiden Politiken" die Haltung Englands auf das allerschärfste und meint, es wäre unnütz, den unangenehmen Eindruck zu verhehlen, den der bisherige Verlauf der Londoner Konferenz in Frankreich erweckt habe. Der Eindruck drohe tiefgehend und dauerhaft zu sein. Die Hauptgleise vom 1. Mai sei der Prüfstein für die Geschlossenheit der Alliierten gewesen, und was sei dabei herausgekommen? Soweit man nach den bisherigen Kundgebungen urteilen könne, habe Frankreich bis heute für die Mobilmachung seiner Jahresklasse zu tragen, ohne daß Gelegenheit gegeben sei, die Maßnahmen, auf Grund deren die Mobilmachung erfolge, auch durchzuführen. Mehr noch die Operation im Ruhrgebiet, die sicherlich starke Wirkung auf Deutschland ausgeübt haben würde, wenn sie von den Alliierten ohne Zaudern und einstimmig beschlossen worden wäre, drohe nur teilweise wirksam zu sein, wenn sie erst nach Ueberwindung von Anstimmigkeiten und nur auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse in Anwendung gebracht werden könne.

Der „Temps" geht dann auf die bilatorische Haltung Deutschlands und auf die ständigen Fristen ein, die auf Anraten Englands immer wieder Deutschland gewährt worden seien. Die Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über die Wiederherstellungsfrage führt der „Temps" fort, liege nun schon über zwei Jahre zurück. Muß man denn der englischen Regierung in Erinnerung bringen, daß ein hervorragendes Mitglied der englischen Regierung während der Pariser Besprechungen über die Bestimmung des Friedensvertrages von Versailles einen außerordentlichen Anteil an der Festsetzung der Bestimmungen über die Wiederherstellung genommen hatte, daß Frankreich damals bereit war, sofort einen Gesamtkrieg — einen unerwünschten Gesamtvertrag, setzt der „Temps" hinzu — für die Schuld Deutschlands festzusetzen, daß jedoch die englische Regierung infolge der englischen Wahlkampagne, in der den Wählern goldene Berge versprochen worden seien, stark in der Klemme geriten habe, so daß Frankreich England entgegenkommen sei und sich bereit erklärt habe, daß die Gesamtschuld Deutschlands höher festgesetzt werde. Aber man brauche nicht erst solche Indiskretionen zu beziehen. Denn was sich in aller Oeffentlichkeit abgespielt habe, die Zugeständnisse, die man dem Grafen Brockdorff-Rantzau gemacht habe, der Verlauf der Konferenzen von San Remo, Paris, Spaa usw. hätten gezeigt, in welchem Maße England eine verständnisvolle Politik gegenüber Deutschland getrieben habe, während Deutschland immer mehr unnachgiebig gewesen sei.

Seit über zwei Jahren gab es zwei Politiken der Wiederherstellung, einerseits die französische Politik, die sicherlich scharf zu sein schien, während sie in Wirklichkeit menschlich und human sei und für die Herbeiführung des wirklichen Friedens durch die Reparationen, ohne die es für Frankreich und somit für Europa keinen dauernden Frieden und Wiederaufbau gebe, hinarbeitete und andererseits die englische Politik, die man lieber nicht auf ihren innern Wert hin einschätzen soll. Zum Schluß wendet sich der „Temps" an die Vereinigten Staaten, auf deren loyalen und gerechten Sinn man hoffen müsse.

In der „Liberté" erklärt Bainville, die Jahresklasse 1919 sei heute einberufen worden. Auch Bainville bedauert, daß die Beschlüsse des Obersten Rates ein sofortiges Vorgehen gegen Deutschland unmöglich machen. Sodann geht er auf die Verhandlungen in London weitgehenden Details ein und erklärt, auf jeden Fall müsse sich Deutschland damit einverstanden erklären, daß eine Kontrolle über seine Schuld genau nach dem Muster der Ottomanischen Schuld eingerichtet werde. Eines Tages müsse man doch dazu kommen, ganz Deutschland in Pfand zu nehmen. Im „Intransigeant" erklärt Bailby, Deutschlands Worten und Versprechungen könne man keinen Glauben mehr schenken. Wenn in acht Tagen Dr. Simons oder irgendein anderer deutscher Minister den Alliierten eine Milliarde Gold zahle und sich bereit erkläre, die Beschlüsse der Wiederherstellungskommission anzunehmen und auch durchzuführen, so müsse Frankreich trotzdem Pfänder verlangen. Wie könne man denn je heute noch glauben und die Probe immer noch nicht besehen? Jedenfalls sei es sicher, so schließt das Blatt, daß Briand nur auf solche Vorschläge eingehen werde, die Frankreich für die Zukunft alle Sicherheiten und Bürgschaften für Durchführung durch Deutschland geben.

Der Entscheid über Oberschlesien.

ro. **Oppeln, 2. Mai.** (Eigene Drahtmeldung.) Die interalliierte Kommission teilt amtlich mit: Da einige Zeitungen berichteten, daß die alliierten Mächte ihre Entscheidung bezüglich der infolge der Abstimmung in Oberschlesien zu ziehenden Grenze bereits getroffen haben, teilt die interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission mit, daß diese Nachricht jeder Grundlage entbehre.

Polnische Kriegsdrohung.

Posen, 2. Mai. (D. A.) Der polnische Staatschef Piłsudski hielt sich am vergangenen Sonnabend in Posen auf, um dem 15. Ulanenregiment den Orden „Virtuti militari" persönlich zu überreichen. Auf dem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett richtete der Posener kommandierende General Raszewski eine Ansprache an Piłsudski, in der er dem Staatschef für die Ehre dankte, die Posener Armee besichtigt zu haben. Er, der General, wäre glücklich, wenn er diese Truppen dem obersten Heerführer im Kriege vorführen könnte. Aber der Kriegsfall noch nicht zu Ende, denn noch gehöre Oberschlesien nicht Polen.

Es ist bezeichnend für die polnische Politik, wie man sich in dortigen militaristischen Kreisen über das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien einfach hinwegsetzen will und sogar vor offener Kriegsandrohung nicht zurückschreckt.

Verstimmung über London.

Eigene Drahtmeldung.

I. **Paris, 2. Mai.**

In Paris herrscht man die Eröffnung der Londoner Konferenz mit größter Aufmerksamkeit und wachsender Verstimmung. In politischen Kreisen, besonders in Kreisen der parlamentarischen Mehrheit, ist man über die bisherigen Beschlüsse des Obersten Rates geradezu bestürzt, und es steht außer Zweifel, daß Briand, wenn er die Londoner Beschlüsse im Laufe dieser Woche der Kammer, welche in den Ferien ist, vorlegen müßte, mit seinem Kabinett ohne weiteres gestürzt werden würde.

Diese Ansicht spiegelt sich in den Artikeln der Pariser Presse deutlich wider. Daneben kommt aber auch die Verstimmung über den englischen Bundesgenossen, dessen Widerstand man nicht so scharf erwartet hatte, unverhohlen zum Durchbruch. So kritis